

## Inhaltsverzeichnis

<b>A. EINLEITUNG .....</b>	<b>1</b>
 <b>B. HERLEITUNG DES VERSCHLECHTERUNGSVERBOTES IN DER DEUTSCHEN STRAFPROZESSORDNUNG .....</b>	 <b>9</b>
I. DIE GESETZESMATERIALIEN .....	10
1. Erster Entwurf .....	11
a) Verfahren nach Revision .....	11
b) Verfahren nach Wiederaufnahmeantrag .....	12
2. Protokolle der Kommission .....	12
3. Bericht der Kommission .....	13
4. Ergebnis .....	13
II. HERLEITUNG AUS DER STRAFPROZESSUALEN DOGMATIK.....	14
1. Überblick: Die verschiedenen Ansätze .....	15
2. Die Wirkung der Rechtskraft als Begründung des Verschlechterungsverbotes .....	18
a) Argumentation .....	18
b) Kritische Würdigung .....	19
aa) Generelle Kritik.....	20
(1) § 301 StPO .....	20
(2) Inkompatibilität mit Berufungs-, Revisions- und Wiederaufnahmekonstrukt der Strafprozessordnung .....	21
(3) Künstliche Spaltung des Erkenntnisgehalts von Strafurteilen.....	23
(4) Nichtberücksichtigung der Interessenlage des Angeklagten .....	25
(5) Zivilprozessuales Parteienverständnis – Unzutreffende Auffassung von der Rolle der Staatsanwaltschaft .....	26
(6) Unvereinbarkeit mit der Dogmatik der Rechtskraft.....	28
(a) Nicht-Erstreckung des normierten Verschlechterungsverbotes auf Schuldspruch und Feststellungen .....	28
(b) Keine umfassende Unabänderlichkeit des Rechtsfolgenausspruchs .....	30

bb) Im Besonderen: Unmöglichkeit der Folgerung des Verschlechterungsverbot aus der Rechtskraft – Falsches Verständnis von Ursache und Wirkung .....	31
cc) Historischer Hintergrund: Entwicklung des Herleitungsansatzes aus den Besonderheiten des gemeinen deutschen Untersuchungsprozesses .....	33
(1) Rechtskraft ausschließlich bei erbrachtem Unschuldsbeweis .....	34
(2) Rechtsmittel des Angeklagten – Weitere Verteidigung .....	35
(3) Entscheidungsfindung des Gerichts – Aktenversendung .....	35
(4) Die Dogmatik zum Verschlechterungsverbot als Reaktion auf die Besonderheiten des gemeinen Inquisitionsprozesses .....	36
c) Fazit .....	38
3. Das Verschlechterungsverbot als Resultat einer beschränkten Prüfungs-/Entscheidungskompetenz des erkennenden Gerichts .....	39
a) Die Geltung der Dispositionsmaxime im Rechtsmittelverfahren als Grundlage des Verbotes .....	40
aa) Argumentation .....	41
(1) Kein Rechtsmittelverfahren ohne Antrag eines Berechtigten .....	42
(2) Bestimmung des Anfechtungsumfangs durch die Berechtigten .....	43
(3) Möglichkeit des Rechtsmittelverzichts und der Rechtsmittelzurücknahme .....	44
(4) Folgerung aus der Dispositionsmaxime auf „ne eat iudex ultra petita partium“ und Verschlechterungsverbot .....	45
bb) Kritische Würdigung .....	47
(1) „Ne eat iudex ultra petita partium“ bei alleinigem Rechtsmittel der Staatsanwaltschaft .....	47
(2) Keine Evidenz des Rückschlusses auf die Dispositionsmaxime .....	50
(a) Möglichkeit des Rechtsmittelverzichts und der Rechtsmittelzurücknahme .....	50
(b) Bestimmung des Anfechtungsumfangs durch die Berechtigten .....	53
(c) Antragerfordernis im Rechtsmittelverfahren .....	56

(d) Nichtverwirklichung aus der Dispositionsmaxime herrührender Institute im Rechtsmittelsystem der Strafprozessordnung .....	60
(3) Argumentatives Defizit bezüglich der normierten Reichweite des Verschlechterungsverbot .....	61
cc) Fazit .....	66
b) Die Prinzipien des Rechtsmittelverfahrens als Verbotshandlung .....	68
aa) Argumentation .....	68
bb) Kritische Würdigung .....	70
(1) Idealtypische Unterscheidung zweier Arten von Rechtsmittelverfahren .....	72
(a) Verfahren nach Berufung .....	74
(b) Verfahren nach Revision .....	76
(c) Verfahren nach erfolgreichem Wiederaufnahmeantrag .....	79
(2) Gesetzessystematische Betrachtung .....	80
cc) Fazit .....	81
4. Ergebnis .....	83
III. HERLEITUNG AUS ANDEREN RECHTSINSTITUTEN .....	86
1. Einführung: Die wiederkehrende Argumentation zur Begründung des Verschlechterungsverbot .....	87
2. Bisher vertretene Sichtweisen .....	93
a) Die Grundsätze der Humanität und Billigkeit/Gerechtigkeit .....	93
b) Verzicht und Verwirkung .....	98
aa) Rechtstheoretische Argumentation .....	101
bb) Kritische Würdigung .....	103
c) Rechtsstaatliche Herleitungsansätze .....	107
aa) Art. 103 Abs. 3 GG – das Verbot der Doppelbestrafung .....	115
bb) Der Grundsatz des Vertrauensschutzes .....	118
cc) Das Gebot des fair trial – prozessuale Waffengleichheit .....	123
d) Fazit .....	128
3. Die eigene Auffassung .....	129
a) Die wiederkehrende Argumentation zur Verbotsbegründung im Angesicht der Verfahrenskonzeption nach Berufung, Revision und Antrag auf Wiederaufnahme .....	130
b) Das Verschlechterungsverbot im Strafprozess als unabweisliche Konsequenz der würdeimmanenten Subjektstellung des Angeklagten .....	134

IV. ERGEBNIS .....	142
<b>C. FOLGERUNGEN AUS DER ERARBEITETEN HERLEITUNG FÜR DIE WIRKUNGSREICHWEITE DES VERSCHLECHTERUNGSVERBOTES IM STRAFVERFAHREN .....</b>	<b>147</b>
I. ANGESICHTS DER POSITIVEN NORMIERUNG AUFTRETENDE ZWEIFELSFragen .....	148
1. Geltung im Hinblick auf Rechtsfolgen anordnende gerichtliche Beschlüsse .....	149
a) Das Verschlechterungsverbot nach alleiniger Beschwerde des Angeklagten respektive Beschuldigten gemäß §§ 304 ff. StPO .....	149
b) Erstreckung der Verbotsgeltung auf Beschlüsse nach § 268a StPO .....	154
c) Fazit .....	160
2. Geltung über den ausdrücklich normierten Adressatenkreis hinaus .....	160
a) Sachentscheidung des zuständigen Gerichts nach Verweisung durch das Berufungsgericht gemäß § 328 Abs. 2 StPO .....	161
b) Eigene Sachentscheidung des Revisionsgerichts nach § 354 Abs. 1, 1a und 1b StPO .....	167
c) Weitere Rechtsbehelfe im sich anschließenden Verfahrensverlauf .....	168
d) Verfahrenseinstellung und erneute Anklageerhebung wegen derselben Tat .....	171
aa) Streitstand .....	172
bb) Kritik und eigener Standpunkt .....	174
e) Fazit .....	177
3. Geltung nach Einspruch gegen einen Strafbefehl .....	178
a) Die vertretenen Ansichten .....	179
b) Kritik und eigener Standpunkt .....	182
c) Fazit .....	187
II. ERGEBNIS .....	188
<b>D. SCHLUSS .....</b>	<b>191</b>

ABKÜRZUNGEN.....	195
------------------	-----

LITERATURVERZEICHNIS .....	197
----------------------------	-----